

Der Reichsführer-SS  
und Chef der Deutschen Polizei  
Der Chef der Sicherheitspolizei  
Und des SD  
Amt III

**Berlin SW 68, den 22. Jan. 1940**

Wilhelmstraße 102  
Ruf 120038

## **MELDUNGEN AUS DEM REICH**

### **I. Allgemeines.**

Ein Überblick über die in der letzten Zeit betriebene feindliche Flugzettelpromaganda ergibt, dass diese sich seit Beginn des Jahres erheblich verstärkte. Die Zahl der Flugzettel und der Umfang der von der Propaganda erfaßten Gebiete sind größer geworden. Bemerkenswert ist auch, dass jetzt der Inhalt der Flugblätter geschickter als bei den in den vergangenen Monaten abgeworfenen abgefasst ist, und dass jetzt auch Flugzettel verbreitet werden, die nur für bestimmte Bevölkerungskreise (bestimmte Städte, Gaue oder Konfessionen) berechnet sind. Auch in den letzten Tagen wurde wieder in verschiedene Teile des Reiches eine Reihe von feindlichen Flugblättern vorgefunden, von denen folgende besonders verbreitet sind:

1.) Ein Flugblatt, das auf der Vorderseite eine Photomontage enthält, die einen Zuschnitt aus einer großen nationalsozialistischen Versammlung zeigt, in der ein Transparent mit der Aufschrift „Wir schützen die Welt vor dem Bolschewismus“ zu sehen ist. Darunter werden der Reichsaußenminister von Ribbentrop und Stalin im Gespräch dargestellt. Die Photomontage ist mit den Worten „Wer lacht da?“ unterschrieben. Die Rückseite des Flugblattes enthält u.a. folgenden Text:

„Nieder mit dem Bolschewismus, so hieß es jahrzehntelang... Der Russenpakt sollte eine bloße Drohung sein, um Frankreich und England gefügig zu machen. Sie blieben fest, und Hitler ist in der eigenen Schlinge gefangne. Schon steckte Russland die Hälfte Polens und die Baltenländer ein. Es greift jetzt auf Deutschland über. Was wird auf Finnland? Hindenburg schlug die Russen zurück. Hitler ließ sie ein.“

2.) Ein Flugblatt mit der Überschrift „Vorher und nachher“, dessen Text eine vom Führer auf dem Parteitag 1938 vorgetragene Stellungnahme zum Bolschewismus und zu den westlichen Demokratien in Gegensatz zur jetzigen außenpolitischen Haltung des Reiches stellt.

3.) Das bereits erwähnte Flugblatt, das die Enzyklika Papst Pius' XII. enthält.

4.) Ein Flugblatt mit dem Text:

„Warum wurden deutsche Offiziere im September erschossen? Weil sie sagten: die Partei führt uns in den Abgrund. Warum schafften die Bonzen ihr Geld ins Ausland? Weil sie denken: Die Partei steht am Abgrund. – Zwei Methoden aber Ein Glaube: Die Führung hat das Steuer verloren.“

Nach einer Verordnung des sächsischen Innenministeriums sollen für alle im Feldzug gegen Polen und den damit im Zusammenhang stehenden Kampfhandlungen Gefallenen gemeinsame Begräbnisstätten in Gestalt von Ehrenhainen geschaffen werden. In Kreisen der Bürgermeister hält man diese Maßnahme für verfrüht, und man hält es für besser, zur Klärung dieser Angelegenheit die Beendigung des jetzt bestehenden Kriegszustandes abzuwarten. Man sieht auf dem Standpunkt, dass in dieser Frage vorläufig noch eine zurückhaltende Stellung eingenommen werden müsste.

Vereinzelt hat die Tatsache, dass Feldpostpäckchen, die von der Truppe in die Heimat geschickt wurden, mit Strafporto belegt worden sind, bei den Betroffenen erhebliche Verärgerung hervorgerufen. Es wird geäußert, dass doch in den meisten Fällen es den Soldaten nicht möglich sein, ihre Postsendungen nachzuwiegen, und nur aus diesem Grunde vielfach ein Übergewicht entstände.

## **II. Gegner.**

Verschiedentlich wurde festgestellt, daß allgemein eine Stimmung der Bevölkerung in jenen Gebieten der Ostmark, in denen die katholische Geistlichkeit bedeutenden Einfluß auf die Bevölkerung hat, nicht zufriedenstellend ist. Es handelt sich besonders um die vom Verkehr abgelegenen Gegenden mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung, die den Umbruch 1938 fast ohne Ausnahme freudig begrüßte. Unter dem zersetzenden Einfluß der kath. Landgeistlichkeit hat sich das Verhalten der Einwohnerschaft dieser Gebiet erheblich geändert und deren frühere staatsbejahende Haltung in das Gegenteil verwandelt. – In den letzten Tagen mußten 9 katholische Geistliche wegen abfälliger Äußerungen über Maßnahmen der Reichsregierung oder sonstigen staatsfeindlichen Verhaltens festgenommen werden. – In Freiburg wurden 3 Angestellte der katholischen Verlagsbuchhandlung Herder u. Co. festgenommen, weil sie Greuelnachrichten –z.T. in das Ausland – verbreitet hatten.

In Karlsbad wurde ein Gruppe von illegalen „internationalen Bibelforschern“ ausgehoben. – 6 Bibelforscher wurden in den letzten Tagen vom Reichskriegsgericht wegen Zersetzung der Wehrkraft zum Tode verurteilt. –

In fast allen Teilen des Reiches tauchten in den letzten Tagen aus Berlin durch die Post versandte Hetzblätter, betitelt „Weihnachtsaufruf an das deutsche Volk- Was nicht in die Zeitung kommt“ auf.

In Berlin wurden 10 Personen, die in einer Maschinenfabrik eine kommunistische Betriebszelle gebildet hatten, festgenommen. Wegen dringenden Verdacht hochverräterischer Umtriebe wurden in Zeulenroda 4 ehemalige Mitglieder der „Antifa“ festgenommen.

## **III. Kulturelle Gebiete.**

### ***Auswirkung der Arbeit des „Deutschen Volksbildungswerkes“ in den einzelnen Gebieten.***

Zahlreichen Einzelmeldungen zufolge ist die umfassende Kulturarbeit des „Deutschen Volksbildungswerkes“ in den Städten und Landgebieten des Deutschen

Reiches für die Stimmungsbeeinflussung in den vergangenen Monaten von starkem Einfluss gewesen. So schwierig es ist, bei der Verschiedenartigkeit der Veranstaltungen und der dadurch bedingten Meldungen einen einheitlichen Eindruck festzustellen und so sehr gerade im kulturellen Veranstaltungswesen der eine Volksgenosse sehr oft gerade das tadelt, was der andere lobt, lassen sich doch nachfolgende allgemeinere Gesichtspunkte herausstellen:

Besonderes Interesse und politischer Aufnahme fanden im allgemeinen Veranstaltungen zu wehrpolitischen und aussenpolitischen Tagessfragen, gut fundierte, von Sachkennern durchgeführte heimatkundliche Abende, Dichterlesungen von Schriftstellern, die bereits einen allgemeinen Namen hatten, musikalische Feierstunden mit guter Musik, dann vor allem die zahlreich durchgeführten Sprachkurse. Anerkennung fand die Vielfältigkeit der Veranstaltungen, so z.B. die Abhaltung von Sprachkursen für Lazarettinsassen (Karlsruhe), von Kurzschriftkursen und guten örtlichen Führungen.

Die kritischen Stimmen lassen sich zusammenfassen einmal als eine Kritik, dass verschiedene Veranstaltungen zu niveaulos und qualitätslos gewesen seien und zum anderen, dass die innere Schwäche solcher einzelner Veranstaltungen durch erotische Zweideutigkeiten wettzumachen versucht wurde.

### ***Zur Lage im Protektorat.***

Die allgemeine Stimmung der Tschechen wird durch die weitverbreitete Ansicht massgeblich bestimmt, dass spätestens Ende dieses Jahres der Zusammenbruch Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen zu erwarten sei und dass es daher unzweckmässig wäre, vorher gegnerische Aktionen durchzuführen. Als eine neue Methode illegaler Hetzarbeit gegen das Reich werden neuerdings in Prag in engen privaten Zirkeln spiritistische Geheimsitzung durchgeführt, bei denen über ein Medium alle überhaupt denkbaren Greueltaten wirksame Verbreitung finden (staatspolizeiliche Verfolgung wird bereits durchgeführt).

Am 11.1.40 fand im Eisstadion in Prag vor fast 8.000 Zuschauern das in der Presse als „Länderkampf“ angekündigte Eishockeyspiel gegen die Protektoratsauswahlmannschaft statt, das die deutsche Mannschaft mit 1 : 5 verlor. Den deutschen Zuschauern war es völlig unverständlich, dass zu Beginn der Veranstaltung, wie es sonst bei einem Länderspiel zwischen verschiedenen Völkern der Fall ist, die deutschen Nationalhymnen und die der ehem. Tschechoslowakei gespielt wurden. Geradezu provozierend war das Verhalten des tschechischen Publikums. Dieses begleitete das einwandfrei unfaire Verhalten tschechischer Spieler geradezu mit Beifallsstürmen. Als in der Pause das Engellandlied gesungen wurde, beantworteten dies die tschechischen Zuschauer mit dem Absingen verschiedener national-tschechischer Lieder. Die sportliche Niederlage der Deutschen wurde vor den Tschechen als ein allgemeiner politischer Triumph und Sieg gefeiert. Von Deutschen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, hörte man wiederholt sinngemäss die Meinung, dass es bei der gegebenen politischen Lage notwendig sein, dass im Protektorat nur solche deutschen Mannschaften auftreten können, die sportlich den tschechischen Partnern gewachsen sind.

### ***Wachsende Propaganda der Slowenen in Jugoslawien und der slowenischen Minderheit gegen das Reich.***

In Jugoslawien wird seit Monaten von der slowenischen Intelligenzschicht und der von ihr getragenen Presse eine von der englischen und französischen Propaganda in Jugoslawien geschürten Hetze gegen die Versendung slowenischer Saisonarbeiter ins Reich betrieben. Mit Vorwänden, die sich durch die Tatsachen selbst widerlegen, wird behauptet, dass die Arbeiter im Reich ausgesogen würden, dass ihre Löhne niedrig seien, dass sie Germanisierungsversuchen ausgesetzt würden usw. Die volksdeutsche Presse im Drau-Banat und in Agram versucht, dieser Hetze durch Richtigstellung zu begegnen. – Die von den Slowenen in Jugoslawien ausgegebenen Parolen von der slawischen Selbstbehauptung werden von der slowenischen Minderheitenpresse in Kärnten aufgegriffen, in der z.B. im „Koroski Slowenec“ vom 20. 12. u.a. steht:

„Ich glaube an das Slaventum. Die westlichen Nationen verfügen vielleicht über eine grössere Wissenschaft als wir Slaven, doch sind wir von Gott mit einer grossen Intuition begabt. Heute ist das Bild des Slawentums in mancher Hinsicht von Schatten verdunkelt. Ich bin jedoch überzeugt, dass dies für die Zukunft kein schlechtes Zeichen ist, sondern nur ein Beweis, dass wir ein junges Volk sind, die Zukunft aber liegt in den Händen der Jugend...“

### ***Deutsche Kulturpolitik im Südosten.***

Aus der Presse der Südoststaaten und einschlägigen Berichten ergibt sich, dass die während des Krieges veranstalteten deutschen Konzertreisen in den neutralen Südoststaaten eine ausserordentlich starke kulturpolitische Wirksamkeit hatten und darüber hinaus die innere Situation der Volksdeutschen und Reichsdeutschen in diesen Ländern stärkten. Die Regierungskreise dieser Staaten selbst haben zum Teil an den Konzerten teilgenommen, und gesell schriftliche Veranstaltungen, die an die Konzerte angeknüpft wurden, haben zur persönlichen Fühlungnahme und Aussprache zwischen deutsche Musikern und Kulturkreisen dieser Länder Gelegenheit. Nachfolgend wird eine Zusammenstellung der bereits durchgeführten oder für die kommenden Monate vereinbarten deutschen Musikveranstaltungen in den Südoststaaten gegeben.

#### ***Ungarn:***

14. November Furtwängler Budapest  
6. Dezember Leo Borchard Budapest  
18. Dezember Leo Borchard Budapest  
14. Dezember Erna Berger Budapest  
16. Dezember Erna Berger Budapest  
ab 1. März Hochschulorch./Stein  
18. März Edwin Fischer Budapest  
1. Hälfte 40 Walter Giesecking  
Mai Thomaner-Chor

#### ***Rumänien:***

16./18. November Wilhelm Kempff Bukarest

12. Dezember Leo Borchard Bukarest  
14. u. 16. Dezember Erna Berger Bukarest  
21. Dezember Herbert Albert/Freund Bukarest  
um den 20. Januar v. Benda m. Kam. Bukarest  
8.-16. Februar Adolf Steiner u.a. Bukarest  
Mitte Februar v. Hoesslin Bukarest  
24.2.-3.3. Dresdner Streichquartett  
1. März-Hälfte Wiener Philharmoniker Bukarest  
28. März Siegfried Borries Bukarest  
4. u. 6. April Edwin Fischer  
1. April-Hälfte Wilhelm Kempff Bukarest  
1. Hälfte 40 Walter Giesecking  
Mai Tomaner-Chor

### ***Bulgarien:***

November v. Benda m. Kammerorch.  
21. November Kempff  
13.-22. Dez. Florizel von Reuter  
Februar Fiedel-Trio  
Ab 1. März Hochschulorchester/Stein  
1. März-Hälfte Wiener Philharmoniker  
18.-31. März Dresdner Streichquartett  
Frühjahr 40 Pellegrini  
1. Hälfte 40 Walter Giesecking  
Mai Thomaner-Chor

### ***Jugoslawien:***

November v. Benda m. Kammerorch. Belgrad  
21.-23. November W. Kempff Belgrad  
6. Dezember Hauschild Belgrad  
8. Dezember Hauschild Zagreb  
4.-9. Dezember Pellegrini  
Februar Fiedel-Trio  
6. Februar Herbert Albert Belgrad  
ab 1. März Hochschulorch./Stein  
6.-18. März Dresdner Streichquartett  
Mitte März Wiener Philharmoniker Belgrad/Zagreb  
1. Hälfte 40 Walter Giesecking  
Mai Thomaner-Chor

### ***Griechenland:***

2. November-Hälfte Pellegrini  
14.-28. November Pellegrini  
7.-12. Dezember Borchard Athen 3 x  
Februar Fiedel-Trio  
1. Hälfte 40 Walter Giesecking ?  
November 40 Dr. Drewes Athen

#### **IV. Verwaltung und Recht.**

##### ***Der Einsatz der deutschen Beamten in den wiedergewonnen Ostgebieten.***

Obwohl bis Anfang November bereits 70 – 80.000 Beamte in die ehemals polnischen Gebiete kommandiert waren, hat sich nach den Berichte noch ein erheblicher Fehlbedarf herausgestellt. So werde z.B. die Hälfte der noch offenstehenden Beamtenstellen der Reichsbahn im Warthegau zumindest vorübergehend mit Polen besetzt werden müssen. Etwas günstiger seien die Verhältnisse bei der Reichspost. Auch bei den anderen Verwaltungen könne man zunächst meist nicht auf polnische Beamtenkräfte verzichten. Dieses nebeneinanderleben von deutschen und polnischen Beamten stelle an die Deutschen – angesichts der Tatsache, daß von der in den vier Ostgauen (Ostpreußen, Danzig-Westpreußen, Posen und Schlesien) wohnenden Bevölkerung noch nicht ganz 50% deutsch ist – bezüglich ihrer lebensmäßigen, nationalen und fachlichen Bewährung hohe Anforderungen, Es werde daher nicht nur in deutschen Volkstumskreisen, sondern auch bei den Beamten selbst immer wieder darüber geklagt, daß häufig völlig ungeeignete Beamte in diese Gebiete abgeordnet würden. Insbesondere wird auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus der gleichen Konfession der Polen und viele aus deutschen kath. Gebieten nach dem Osten abgeordneter kath. Beamten ergeben. Als wichtigste Frage beim Einsatz deutscher Beamten im Osten werde aber gerade die richtige Auswahl der Beamten und ihre Betreuung angesehen. Es müsse sichergestellt werden, dass nur die wertvollsten Beamten im Osten eingesetzt würden. Für die dann tatsächlich im Osten verbleibenden Beamten müsse nach verschiedenen Berichten eine großzügige wirtschaftliche Besserstellung gegenüber dem Altreich erwogen werden. Dies sei vor allem deshalb nötig, um das Niveau der deutschen Beamtenschaft als einer den Polen überlegenen Führungsschicht entsprechend zu festigen und zu erhalten. Besonders aus Kreisen der Partei werde deshalb darauf hingewiesen, daß zwar eine ähnlich der früheren Postmarkenzulage zu zahlende Sonderzuwendung wegen ihren Nachteilen nicht in Frage komme, daß aber alle Beamtenstellen in den Ostgebieten um eine Gruppe höher eingestuft werden könnten als im Altreich. Danach würde jeder nach dem Osten abgeordnete Beamte nach vierteljähriger Bewährung vorläufig das Gehalt und nach Möglichkeit die Dienstbezeichnung der nächst höheren Gruppe erhalten. Wenn er innerhalb von 5 Jahren auf eigenen Antrag oder weil er sich als ungeeignet erwiesen hat ins Altreich zurückkehre, so würde er wieder sein altes Gehalt und seine alte Dienstbezeichnung erhalten. Im anderen Falle solle nach 5 Jahren die endgültige Beförderung ausgesprochen werden, wobei jedoch die normalen Beförderungen dadurch keine Einschränkungen zu erfahren brauchten. Als besonders dringliche Frage wird auch die Schaffung von würdigen Wohnungen für die Beamten bezeichnet. Hier müsse zur bevorzugten Erstellung von Wohnraum für die Beamten das Beamtenheimstättenwerk des RDB. Besonders herangezogen werden. In diesem Zusammenhang wird des weiteren darauf hingewiesen, dass auch Wohnungsgeld für die Beamten im Osten entsprechend erhöht werden müsse. Weiter werde aus Kreisen der Partei angeregt, die Kinderzuschläge im Posten zu erhöhen und den Beamten, die wegen der noch mangelhaften Schulverhältnisse ihre Kinder ins Altreich zur Erziehung schicken müssten, eine Sonderbeihilfe zu gewähren, Hier müssten, so äußert man übereinstimmend in allen Kreisen der Beamtenschaft, anstatt der bisher bestehenden, für jedes Ressort anders festgesetzten Maßnahmen großzügige und für alle Beamten einheitliche Richtlinien herausgegeben werden, da von der Qualität und der Arbeit im Osten ein

wesentlicher Teil des Erfolges einer volksmäßigen Wiedergewinnung der Ostgebiete abhängen werde.

### ***Vereinfachung und Beschleunigung der Strafverfahren.***

Zur Beschleunigung der Strafverfahren bei den Strafkammern wird aus Richterkreisen angeregt, den Eröffnungsbeschluß (§ 207 StrPO.) wie beim Schnellverfahren und bei den Verfahren vor dem Sondergericht wegfällen zu lassen, da er nur eine Weiderholung der Anklageschrift (§ 200 StrPO.) darstelle. Außerdem wird es für ratsam gehalten, eine Verkürzung der Ladungsfrist zwischen Ladung und Hauptverhandlung, die mindestens eine Woche (§ 21 StrPO.) betragen muß, dann für zulässig zu erklären, wenn der Vorsitzende es für erforderlich hält. Bei diesen Vorschlägen wird darauf verwiesen, daß selbst bei komplizierten Fällen, in denen das Schnellverfahren mit einer ein- bis dreitägigen Ladungsfrist nicht zulässig ist (§ 22 VO. Vom 1.9.39), Gericht und Staatsanwaltschaft in der Lage seien, vor Erhebung der Anklage das Verfahren sorgfältig vorzubereiten und daß dem Angeklagten daraus kein unzumutbarer Rechtsnachteil erwachse.

### ***Zur Sicherungsverwahrung im Kriege.***

Es besteht in Richterkreisen ein unterschiedliche Auffassung darüber, ob während des Krieges Entlassungen aus der Sicherungsverwahrung vorgenommen werden können oder nicht. Wenn auch von der Staatsanwaltschaft entsprechende Anträge nicht mehr vorgelegt werden, so kommen doch im Wiedervorlagewege Fälle zur Entscheidung an die Kammern.

Es erscheint zweckmäßig, daß durch einen Erlaß des Reichsjustizministeriums eine Klärung erfolgt, zumal bei der Besetzung der Kammern mit alten Richtern nicht immer die völlige Berücksichtigung der Notwendigkeiten der Kriegslage vorhanden ist.

### ***Zur Veröffentlichung von Urteilen gegen Geistliche bei Sittlichkeitsdelikten.***

Mehrfach wird in Meldungen hervorgehoben, daß die Nichtveröffentlichung von Urteilen gegen geistliche Sittlichkeitsverbrecher zu Unzuträglichkeiten geführt haben. So wurde z.B. im Kreise Kitzbühel (Tirol) der Pfarrer Kaiser wegen annähernd 200 Sittlichkeitsverfehlungen an Jugendlichen und schulpflichtigen Kindern abgeurteilt. Da die Verurteilung des Genannten nach der grundsätzlichen Bestimmung des Justizministeriums nicht veröffentlicht werden konnte, ist die Bevölkerung selbst in seinem Heimatdorf der Ansicht, Kaiser sei wegen einer politischen Haltung verhaftet worden. Sogar seine eigene Schwester ist fest davon überzeugt, dass ihrer Bruder „nur wegen seines Glaubens leiden müsse“. In den Berichten wird ein fallweise Lockerung der grundsätzlichen Bestimmungen angeregt.

### ***Zahnersatz im Kriege.***

Die Beschlagnahme sämtlicher Gold- und Platinlegierungen zu Beginn des Krieges hatte nach vorliegenden Meldungen eine vollständige Lahmlegung in der Herstellung des Metallzahnersatzes zur Folge mit Ausnahme der Stahlverarbeitung, die jedoch nur im beschränkten Umfang und unter Zuhilfenahme besonderer Einrichtungen möglich ist. Durch die Verordnung, die das nach dem 15.9.39 angekaufte oder vom

Patienten zur Verfügung gestellte Altgold der Verarbeitung freigibt, werden nach übereinstimmender Ansicht der Zahnbehandler nur diejenigen Zahnärzte und Dentisten positiv betroffen, welche einen großen Patientenkreis besitzen. Die Scheideanstalten sind seit längerer Zeit bemüht, im Rahmen der Kriegswirtschaft entsprechend neue Legierung herzustellen. Diese Legierungen, die in der Hauptsache aus Silber bestehen, sollen sich nach fachmännischer Ansicht für Zahnersatzarbeiten nicht bewähren, sondern schon nach kurzer Zeit Verfärbungen und starke Abnützungen aufweisen und so missliebige Auseinandersetzungen zwischen Arzt und Patient zur Folge haben.

Zur Erzielung eines gerechten Ausgleiches unter den Zahnbehndlern selbst und zugunsten der Patienten wird nach den Berichten die Herstellung einer Einheitslegierung als erforderlich erachtet. Hierzu werde aus Fachkreisen der Vorschlag gemacht, die Platinmetalle, - die noch in grösserer Menge vorhanden sein sollen – im Umtauschwege freizugeben und gegen Altgold etwa im Verhältnis 1 : 3 anzusetzen.

## **V. Wirtschaft.**

### ***Wachsende Missstimmung und vereinzelte Ausschreitungen infolge der Kohlenknappheit.***

Die vorliegenden Meldungen aus dem Reich besagen mit wenigen Ausnahmen, daß, nachdem zu Beginn voriger Woche eine Bessere Kohleanfuhr zu verzeichnen war, in Auswirkung der gegenwärtigen Wetterlage (Frost, Schneestürme) wiederum beträchtliche Störungen aufgetreten sind. Die stimmungsmäßige Auswirkung in der Bevölkerung wird allgemein als sehr ernst bezeichnet, da sich die Lage, besonders hinsichtlich der Hausbrandversorgung der Bevölkerung, in den letzten Tagen erheblich verschärft hat. Aus den Meldungen ist zu entnehmen, dass für die Stimmung die Erwartungen, die die Bevölkerung in die Besserung der Transportverhältnisse im Anschluß an die Einschränkungen des Personenverkehrs der Reichsbahn gesetzt hat und die Verlautbarungen durch den Reichskohlenbeauftragten von besondere Bedeutung sind. Wie die Auswirkungen in stimmungsmäßiger Hinsicht in den Einzelmeldungen zu Ausdruck kommen, zeigen die nachstehenden angeführten:

Aus Braunschweig wird z.B. gemeldet, dass bei den politischen Organisationen laufend Briefe von der Front eingehen, worin die Soldaten bzw. Offiziere nachfragen, ob es stimme, dass die Heimatfront sich darüber zu beklagen hätte, dass die Frauen und Kinder frieren müssten. Eine Meldung aus Breslau besagt, dass die wachsende Missstimmung in entsprechenden Äußerungen ihren Ausdruck finde. So werde z.B. immer wieder in verbittertem Tone die Parole des WMW früherer Jahre „es soll keiner hungern und frieren“ aufgegriffen. In Kassel wird der um sich greifende Missstimmung dahingehend offen Ausdruck gegeben, dass man die Weiterführung des Krieges bezweifelt, nachdem bereits jetzt die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Gütern des täglichen Bedarfs auf derartige Schwierigkeiten stoße. In der Meldung heißt es weiter, dass die Bevölkerung wenig Verständnis dafür aufbringe, dass auf der einen Seite kriegswichtige Industrien stillgelegt werden, während andererseits Vergnügungsstätten immer noch gut geheizt sind. Aus Leipzig wird berichtet, dass die Missstimmung der Bevölkerung über die derzeitige Kohlenversorgungslage durch Hinweise auf die Versorgung mit Heizmaterial



während der ersten Weltkriegsjahre, die viel besser als gegenwärtig gegessen sei, verstärkt wird. Auch die Erzählung von Urlaubern, die berichten, dass in Kattowitz riesige Brikettläger vorhanden seien, würden die gegenwärtige Beunruhigung sehr fördern. In Stettin, wie auch in anderen Ostseehäfen, über die Kohlenexporte nach den Nordstaaten laufen, geht den Meldungen zufolge die Volksstimmung dahin, dass man die Kohlenausfuhr infolge des außerordentlichen Mangels im eigenen Lande stoppen solle. Eine Meldung aus Reichenberg weist darauf hin, dass die katastrophale Kohlenversorgung im Friedländer Landkreis, wo die Kohlenausfuhr bereits seit Ende Juni 1939 ins Stocken geraten sei, eine derartige Unruhe in der Bevölkerung geschaffen habe, dass mit Selbsthilfemaßnahmen der Bevölkerung gerechnet werden müsse.

Besonders ernst ist die Lage zurzeit in der Reichshauptstadt. Die am letzten Wochenende eingegangenen Meldungen zeigen, dass in einigen Stadtbezirken Berlins, insbesondere im Berliner Norden sowie in den Auenbezirken die meisten Kohlenhandlungen, z.T. bereits seit mehreren Tagen, ohne jede Vorräte sind. Die Bevölkerung habe sich in einigen Fällen bereits zu Tätlichkeiten hinreißen lassen und mit Selbsthilfemaßnahmen gedroht. Trotz der gegenwärtigen ungünstigen Auswirkungen in den betroffenen Bevölkerungskreisen, wird in den Meldungen zum Ausdruck gebracht, dass die außerordentlichen Maßnahmen und Anstrengungen der zuständigen Stellen darauf hindeuten, dass bei einem Witterungsumschlag eine Auflockerung sehr schnell erfolgen dürfte, zumal die derzeitigen Schwierigkeiten vornehmlich auf die Transportverhältnisse zurückzuführen seien.

### ***Auswirkungen des Milchkannenmangels in der Landwirtschaft.***

Durch die kriegswirtschaftlichen Anordnungen auf dem Gebiete der Molchwirtschaft sind die Milchanlieferungen an die Molkereien im allgemeinen wesentlich gestiegen. So lag die Buttererzeugung in den Molkereien der Mark Brandenburg in den ersten vier Kriegsmonaten um rund 300 Millionen kg oder 96 % höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Dieser Mehrerzeugung stammt zu etwa 60 % aus der als Trinkmilch eingesparten Vollmilch und zu 40 % aus erhöhter Milchanlieferung. Die zentrale Erfassung hat sowohl bei den Bauern und Landwirten als auch bei den Molkereien einen erhöhten Milchkannenbedarf nach sich gezogen, der nicht immer gedeckt werden kann. Die Milchbewirtschaftungsmaßnahmen lassen sich deshalb vielerorts nicht restlos durchführen. Wenn die Abholung der Milch bei den Erzeugern infolge Fehlens ausreichender Gefäße und Transportmöglichkeiten nicht gewährleistet ist, gehen diese wieder zum Selbstverarbeiten der Milch über. Durch diese Umstände musste bereits – wie in den Meldungen ausgeführt wird – in einzelnen Kreisen das Verbutterungsverbot für Selbstversorger stiltschweigend fallen gelassen werden.

Aus Bautzen wird gemeldet, dass der dortige Milchhof seit Mitte 1939 noch über 200 Milchkannen benötigt. Die Molkereigenossenschaft Riesa habe von 300 im Mai 1939 bestellten Kannen bis jetzt lediglich 125 geliefert erhalten, während die Restbestellung wegen Verknappung von Eisen, Stahl und Zink gestrichen worden sei. Die Kreisbauernschaft Löbau schätzt den unbefriedigten Bedarf ihres Bezirkes auf etwas 200 bis 300 Kannen. Um dem bestehenden Mangel zu begegnen, wurde angeordnet, kleine Betriebe mit geringem Viehbestand bei der Belieferung auszuschließen. Dies hat zwangsläufig zu Folge, dass das Verbutterungsverbot für diese Kleinbetriebe praktisch nicht besteht. Auch der Milchgroßhandel leidet unter

dem Mangel an Kannen. Zwei Dresdner Molkereibetriebe beziffern den dringend benötigten Bedarf auf 2000 Kannen. Nach einer Erhebung wäre zwecks ordnungsmäßiger Durchführung der Milcherfassung und Verteilung allein das Gebiet der Landesbauernschaft Sachsen mit etwa 10 000 Zwanzigliter-Kannen zu beliefern. In den Meldungen wird hervorgehoben, dass die Mangelercheinung bisher nicht zu einer Gefährdung der Milchversorgung der Bevölkerung geführt habe, dass jedoch vielfach bereits erheblich Verzögerungen in der Belieferung eingetreten seien. Um den vorhandenen Gefäßbestand weitestgehend auszunützen, müssen oftmals täglich mehrere Fahrten unternommen werden, die eine Erhöhung der Unkosten und des Benzinverbrauchs nach sich ziehen.

### ***Formularwesen erschwert die Holzzuteilung an holzverarbeitende Handwerkszweige.***

Aus Kreisen des Tischler- und Zimmererhandwerks usw. werden immer wieder klagen vorgebracht über die bürokratische Verfahrensweise bei Antragstellungen auf Kennziffererteilungen und zusätzliche Rohstoffkontingentierung. Als besonders bezeichnendes Beispiel wird das Verfahren bei der Schnittholzzuteilung an das Tischlerhandwerk angeführt, das in den betroffenen Kreisen viel Verärgerung hervorrufe, zumal es die Auftragsgenehmigung nicht nur hinauszögere, sondern auch eine finanzielle Belastung darstelle. Die Anträge für die Zuteilung von Einkaufsscheinen für Nadelschnittholz können nur auf Formularen des Reichsinnungsverbandes des Tischlerhandwerks beantragt werden, die den Meldungen zufolge mit 20 Rpf. für zwei Exemplare berechnet werden. Nunmehr seien die Formulare für die Monate Januar und Februar 1940 in der Weise geändert worden, daß zwei verschiedene Anträge auf Zuteilung von Einkaufsscheinen für Nadelschnittholz zu stellen seien, wenn neben dem privaten Bedarf auch noch Holz für öffentliche Aufträge benötigt werde. Für diese insgesamt vier kleinen Formulare würden ebenfalls 20 Rpf. seitens des Reichsinnungsverbandes in Rechnung gestellt. Hierzu wird z.B. aus Bielefeld gemeldet, dass bei der Unzahl von Betrieben gerade der Möbelschreiner (10.800 Betriebe in Westfalen) die dortigen Innungsverbände die Unkosten für die Formulare nicht tragen könnten, sondern sie auf die Antragsteller, d.h. auf jeden einzelnen Betrieb umlegen müssten. Die Folge sei, dass bei jedem Antrag der Inhaber des Betriebes sich das notwendige Formular von der Kreishandwerkerschaft einzeln abholen müsse, damit nicht die Gefahr entstehe, dass die Unkosten für die Formulare von den Betrieben nicht eingesandt würden, Dies bedeute aber für den einzelnen Handwerker, besonders unter den augenblicklichen Verkehrsverhältnissen eine ganz erhebliche Belastung, die viel Unzufriedenheit hervorruft. In den Meldungen heißt es, dass darüber hinaus durch diese Antragstellung die Genehmigung der Zuteilung beträchtlich hinausgezögert werde. Ein Antragsformular macht danach folgenden Weg: Handwerksbetrieb, Geschäftsstelle der Kreishandwerkerschaft, Obermeister der Innung zu Stellungnahme, zurück zur Kreishandwerkerschaft, Bezirksstelle des Reichsinnungsverbandes des Tischlerhandwerks, Forst- und Holzwirtschaftsamt zur Genehmigung. Hieraus seien angeblich auch die vielen Klagen über die verzögerte Nadelschnittholzzuteilung im Handwerk zu erklären. Von verschiedenen Innungen wurde geäußert, dass wenn sie die Formulare selbst abziehen würden, nur ein Bruchteil der Kosten herauskäme und die Mitglieder dadurch die Formulare kostenlos und schneller erhalten könnten.

## **Einzelmeldung.**

In Kreisen der Selbstversorger herrscht auch weiterhin, wie bereits mehrfach gemeldet wurde, eine gewisse Unzufriedenheit darüber, dass keine Gummiringe, Weiß- und Schwarzblechdeckel für Weckgläser und Konservenbüchsen zu erhalten sind. Das Fleisch und ein Teil der Wurst könne somit nur mangelhaft konserviert werden, sodaß die Gefahr erhöhten Verderbs von Lebensmitteln bestehe. Die Selbstversorger seien aber auf eine längere Konservierung angewiesen, da ihnen die Fleisch- und Fettkarten entzogen seien und sie mit den Hausschlachtungsbeständen für eine Reihe von Monaten auskommen müßten.

## **Anlage.**

### ***Meldungen über Möglichkeiten zur Behebung des Wohnungsmangels.***

Der nach wie vor herrschende Wohnungsmangel und die Tatsache, dass der Wohnungsneubau unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht dem erforderlichen Umfang möglich ist, lassen immer stärker den Ruf nach einer gerechten und sozialen Verteilung des vorhandenen Wohnraumes laut werden. Trotz verschärfter Anspannung der Lage im Wohnungswesen, die besonders durch Kriegsmaßnahmen verschiedener Art hervorgerufen wurde (z.B. Räumung der Grenzgebiete, Zusammenballung dienstverpflichteter Arbeitskräfte in verschiedenen Gebieten, Zusammenballung dienstverpflichteter Arbeitskräfte in verschiedenen Gebieten usw.) wurden bisher seit Kriegsbeginn keine diesbezüglichen reichseinheitlichen Maßnahmen vorgesehen. In den Meldungen wird hervorgehoben, dass zwar Anfang 1939 zwei Erlasse bzw. Verordnungen über die Meldepflicht von leer werdenden Wohnungen und für die Zuteilung von Wohnungen an kinderreiche Familien vom Reichskommissar für die Preisbildung ergangen seien, dass diese Bestimmungen aber nur Kann-Vorschriften darstellten. Außerdem ließen sie auch so viel Ausnahmen zu, dass durch sie nicht nur nicht die erwünschte gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraumes gegeben erscheine, sondern sich darüber hinaus bezüglich der Auslegung noch bestimmte Missstände ergeben hätten.

Wird z.B. die Verordnung über die bevorzugte Unterbringung von kinderreichen Familien allzu streng gehandhabt und genau nach dem Wortlaut angewendet, so kann, wie aus Leipzig gemeldet wird die Folge davon sein, dass kinderlose Familien und solche mit ein bis zwei Kindern, wie auch Familien mit erwachsenen berufstätigen Kindern, die aus gesundheitlichen, familiären oder beruflichen Gründen eine größere als eine Zweizimmerwohnung benötigen, einfach keine angemessene Wohnung bekommen können. Weiterhin findet nach der Furchführungsverordnung vom 15.6.39 die bevorzugte Vermietung von Wohnungen an kinderreiche Familien und andere in Häusern mit weniger als vier Wohnungen keine Anwendung. Dies wirt sich, den Meldungen zufolge, auf dem Lande, wo durchweg Häuser mit weniger als vier Wohnungen gebaut werden, zum Nachteil der Kinderreichen aus, die hier überhaupt keine Rechtshilfe zur Erlangen einer entsprechenden Wohnung haben.

Die Wohnungsämter hätten auf Grund der bestehenden Bestimmungen heute auch zu wenig Möglichkeiten, einen wirksamen Wandel zu schaffen.

Die bestehenden Wohnungsanzeiger seinen z.T. nur eine Irreführung der Wohnsuchenden, denn was sie an Wohnungen anböten, scheide der hohen Miete

wegen für überwiegenden, minderbemittelten Teil der Bevölkerung aus. Die wirklich freiwerdenden Wohnungen, die nach Größe und Preislage den Bedürfnissen der mittleren Volkssichten entsprechen, würden fast allgemein unter der Hand, oft sogar mit allerlei Bedingungen verknüpft, vermittelt. Infolgedessen sei die Mehrzahl der Volksgenossen, die nicht über entsprechende Beziehungen zu Hausbesitzerkreisen verfügen, fast nicht in der Lage, eine passende Wohnung zu erhalten. Es wird hervorgehoben, dass dieser Zustand auf die Dauer eine nachhaltige Wirkung auf die breiten Volksmassen ausüben müsse.

Von einzelnen Stellen ist in letzter Zeit daran gegangen worden, von sich aus Abhilfe zu schaffen. So hat der Oberbürgermeister von Stuttgart eine Wohnungstauschstelle eingerichtet, mit der Aufgabe Meldungen von Wohnungsinhabern entgegenzunehmen, die eine für sie zu kleine oder zu große Wohnung besitzen und diese mit einer dem Umfang nach angemesseneren vertauschen wollen. Der Wohnungstausch wird unentgeltlich vermittelt, in geeigneten Fällen wird von der Stadt sogar eine Umzugsbeihilfe gewährt. Um weitem Raum zu gewinnen, soll ferner alleinstehende Personen, die Unterbringung in eine städtischen Altersheim erleichtert werden. Es ist daher die Erweiterung und Neueinrichtung von städtischen Altersheimen angeordnet worden. Auch bei dieser Maßnahme ist von der Stadtverwaltung eine Umzugsbeihilfe bei Bedarf vorgesehen.

Nach einer Vorordnung des Reichsstatthalters können im Sudetengau in Gemeinden mit Wohnungsnot Wohn- und Geschäftsräume, die für Wohnzwecke geeignet sind, angefordert werden, wenn sie seit mehr als zwei Wochen leer stehen, seit mehr als fünf Wochen unbenutzt sind oder nicht genügend ausgenutzt erscheinen. Daneben können bei erheblichem Bedarf auf einzelne Wohnungsbestandteile, die ohne erhebliche Benachteiligung des Wohnungsinhabers und seiner Familienangehörigen in sittlicher, gesundheitlicher und sozialer Hinsicht als abgesonderte Wohnräume benutzbar sind, angefordert werden, wenn sie entweder leerstehen oder nur mangelhaft benutzt sind, d.h. wenn sie zwar Wohnungseinrichtungsgegenstände enthalten, diese jedoch weder bestimmungsgemäß noch zweckentsprechend benutzt werden.

Die Stadt Kassel will den erhöhten Wohnungsmangel dadurch beheben, dass sie einen Zuschuß bei Teilungen von Großwohnungen gewährt. In jedem Einzelfall sollen bis zu 500 Mark Teilungs- und Einrichtungskosten gezahlt werden.

Bei diesen Abhilfemaßnahmen, die naturgemäß von der Bevölkerung begrüßt werden, darf nicht außeracht gelassen werden, dass es sich immer nur um kleines Gebiet handelt, sodaß im ganzen gesehen keine einheitliche Regelung dadurch erreicht werden kann. In den Meldungen wird angeregt, die bisher getroffenen Einzelmaßnahmen als Grundlage für eine reichs-einheitliche Regelung zu verwenden.